

Stand: 26.04.2024 18:04:13

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/11858

"Umsetzung der Empfehlungen des Runden Tisches Sexueller Kindesmissbrauch in Bayern -
I. Rechtsanspruch der Opfer auf Beratung"

Vorgangsverlauf:

1. Antrag 16/11858 vom 14.03.2012
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/13197 des VF vom 05.07.2012
3. Beschluss des Plenums 16/13361 vom 18.07.2012
4. Plenarprotokoll Nr. 107 vom 18.07.2012

Antrag

der Abgeordneten **Maria Noichl, Dr. Simone Strohmayr, Markus Rinderspacher SPD**

Umsetzung der Empfehlungen des Runden Tisches Sexueller Kindesmissbrauch in Bayern I. Rechtsanspruch der Opfer auf Beratung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass ein gesetzlich verankertes Recht der Opfer von Gewalt und sexuellem Missbrauch auf regelfinanzierte, fachkompetente und wohnortnahe Beratung umgesetzt wird.
- sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass ein elternunabhängiger Rechtsanspruch von minderjährigen Opfern auf Beratung eingeführt wird.

Begründung:

In den Empfehlungen des Runden Tisches „Sexueller Kindesmissbrauch“ und dem daraus resultierenden Abschlussbericht des Unabhängigen Beauftragten zur Aufarbeitung des sexuellen Kindesmissbrauchs vom 24. Mai 2011 wird die Sicherung der Beratung der Gewaltopfer gefordert. Es wird eindeutig festgestellt, dass nur mit einem Ausbau der Hilfsangebote allen Opfern von Gewalt und sexuellem Missbrauch angemessene und individuelle Hilfe gewährleistet werden kann.

Der Runde Tisch „Sexueller Kindesmissbrauch in Abhängigkeits- und Machtverhältnissen in privaten und öffentlichen Einrichtungen und im familiären Bereich“ ist im März 2010 von der Bundesregierung initiiert worden, um Möglichkeiten der Aufarbeitung, Verhaltensregeln und Lösungen im Umgang mit Kindesmissbrauch zu entwickeln.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

**Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Dr. Simone Strohmayr,
Markus Rinderspacher SPD**
Drs. 16/11858

**Umsetzung der Empfehlungen des Runden Tisches Sexueller Kindes-
missbrauch in Bayern I. Rechtsanspruch der Opfer auf Beratung**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Horst Arnold**
Mitberichterstatter: **Jürgen W. Heike**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 76. Sitzung am 24. Mai 2012 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Soziales, Familie und Arbeit hat den Antrag in seiner 82. Sitzung am 5. Juli 2012 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Franz Schindler
Vorsitzender

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Maria Noichl, Dr. Simone Strohmayr, Markus Rinderspacher SPD

Drs. 16/11858, 16/13197

Umsetzung der Empfehlungen des Runden Tisches Sexueller Kindesmissbrauch in Bayern

I. Rechtsanspruch der Opfer auf Beratung

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. a. Anlage 3)

Ausgenommen von der Abstimmung sind die Nummern 54 und 97 der Anlage zur Tagesordnung, über die in einfacher Form einzeln abgestimmt werden soll, und die Nummer 98, von der ich gerade gesprochen habe, über die auf Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN in namentlicher Form abgestimmt werden soll. Außerdem ist die Nummer 82 der Anlage von der Abstimmung ausgenommen. Das ist der Antrag der Abgeordneten der SPD-Fraktion betreffend "Luftrettung in Westmittelfranken und im nordwestlichen Schwaben verbessern - Situation im Großraum Nürnberg nicht verschlechtern!", Drucksache 16/12753. Dieser Antrag soll zusammen mit dem Tagesordnungspunkt 11 einzeln beraten werden.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 3)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist einstimmig so beschlossen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

